



Der SPD-Landesvorstand spricht sich nach Beratung der Sondierungsergebnisse aus den Gesprächen mit der CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, Linkspartei und FDP für die Einleitung von Verhandlungen mit den Parteien Bündnis 90/Die Grünen und der Linkspartei aus. Ziel ist die Bildung einer gemeinsamen 3-Parteien-Koalition für die 18. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin.

Begründung:

Das Wahlergebnis vom 18. September 2016 hat neben dem Regierungsauftrag an die SPD eine klare Mehrheit für eine Koalition aus SPD, B90/G und Linkspartei ergeben. Die Sondierungsgespräche, die in der Reihenfolge der Stimmergebnisse mit allen Parteien jenseits der AfD geführt wurden, ergaben bei allen Parteien eine grundsätzlich Bereitschaft, sich in die Entwicklung Berlins konstruktiv einzubringen. Die Gespräche mit der CDU konnten jedoch die Skepsis an einem nachhaltigen Neuanfang nicht ausräumen. Die FDP konnte mit ihrer Fixierung auf ein einziges prioritäres Thema (Tegel) keinen Gestaltungsanspruch für die Stadt in Gänze vermitteln.

Die vertieften Sondierungsgespräche mit B90/G und der Linkspartei haben glaubwürdig eine gemeinsame Grundlage erkennen lassen, auf der die SPD partnerschaftlich eine einvernehmliche Ausrichtung der Landespolitik vornehmen kann. Die SPD geht davon aus, dass die neue Koalition sowohl eine partizipative und solidarische Kultur des Miteinanders in Senat, in Verwaltung und in der Stadt formuliert und befördert. Das Leitbild einer solidarischen Stadt, die für alle Berlinerinnen und Berliner Lebensperspektiven und Teilhabechancen gewährleistet, ist für alle drei Parteien eine erkennbare Richtschnur in den Gesprächen gewesen.